



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege
am 18.10.2018**

Sitzungsnummer: v.-Ver/047/2018

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Claus Hamp	
-----------------	--

CDU-Fraktion

Herr Lars-Henning Bartels	
Frau Leonie Bierent	
Herr Dr. Manfred Bödicker	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Ortwin Ludwig	
Herr Dennis Moneke	
Herr Dr. Hans-Henning Peters	
Frau Elisa Rabe-Bartels	
Herr Michael Schmidt	
Herr Stefan Schneider	
Frau Annegret Schröter	
Herr Klaus Wolf	

SPD-Fraktion

Herr Ramiz Arifi	
Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Herr Stefan Fiege	
Herr Jörg Heinz	
Frau Gabriele Kniese	
Herr Karl Montag	
Herr Thomas Reyer	
Frau Jacqueline Stolle	
Herr Marcus Stolle	
Frau Petra Strauß	

FWG-Fraktion

Herr Jochen Grüning	
Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Vanessa Grauer	
---------------------	--

Fraktion Die Linke

Frau Erika Rebbig-Kosir	
-------------------------	--

FDP-Fraktion

Frau Jutta Thiele	
Herr Klaus Volkmar	

Mitglieder des Magistrats

Herr Berthold Diegel	
Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Herr Stefan Happel	
Herr Alexander Heppe	
Frau Patricia Hölzel	
Herr Theodor Sternal	

Ortsvorsteher

Herr Matthias Herzog	
Herr Walter Hoefel	
Herr Georg Hofmann	

Schriftführer/in

Herr Volker Jatho	
-------------------	--

Mitglied des Ausländerbeirates

Frau Evelina Tolpina	
----------------------	--

Entschuldigt:**CDU-Fraktion**

Herr Jörg Rüppel	
Frau Susanne Rüppel	

SPD-Fraktion

Herr Knut John	
Herr Joachim Lorchheim	

Fraktion Die Linke

Herr Bernhard Gassmann	
------------------------	--

Mitglieder des Magistrats

Herr Thomas Große	
Herr Markus Matejka	
Frau Heidrun Ott	

Ortsvorsteher

Herr Rainer Bick	
Herr Jürgen Gonnermann	
Herr Thomas Rehbein	

Vorsitzende/r des Ausländerbeirates

Herr Washa Beroschwili	
------------------------	--

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:51 Uhr

Herr Stv.-V. Hamp begrüßt alle Mandatsträger/-innen, Gäste und die Presse.

Anschließend gratuliert er allen Mandatsträgerinnen/Mandatsträgern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Er weist darauf hin, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Hinweisbekanntmachung am 13.10.2018 in der Werra-Rundschau erfolgte.

Das Protokoll vom 20.09.2018 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 16, Nein: 12, Enthaltungen: 1

Stv.-V. Hamp weist noch auf die Veranstaltung „Gedenken gegen das Vergessen“ hin, von der Flyer an die Anwesenden verteilt wurden.

Der Tagesordnung wird in der vorliegenden Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 30, Nein: ---, Enthaltungen: ---

Somit lautet die Tagesordnung wie folgt:

Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

TOP	Titel
1.	Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Einrichtung einer mobilen und offenen Jugendarbeit (Streetworking) Vorlage: 2018/0178/SVV 4
2.	Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Nutzung des Freigeländes auf dem Schulberg durch ein niederschwelliges Gastronomie-Angebot Vorlage: 2018/0179/SVV 5
3.	Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Einführung eines Anliegenmanagements über den Internetauftritt der Kreisstadt Eschwege Vorlage: 2018/0180/SVV 6
4.	Magistratsbericht 7
5.	Anregungen..... 8

1. Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Einrichtung einer mobilen und offenen Jugendarbeit (Streetworking) Vorlage: 2018/0178/SVV
Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.2, Fachbereich 1.11

Stv. Claus trägt den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet, diesem zuzustimmen.

Antragstext:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, eine mobile und offene Jugendarbeit (Streetworking) einzurichten.

Ein Konzept ist dem Ausschuss für Familie und Soziales zeitnah vorzustellen.

Begründung:

Wir werden zunehmend auf Jugendliche angesprochen, die ihre Freizeit überwiegend auf der Straße in Cliquen verbringen. Bürger fühlen sich unter anderem durch deren Lautstärke in ihrer Ruhe, insbeson-

dere nachts, gestört. Sogar das Sicherheitsempfinden der Bürger und Bürgerinnen wird zuweilen stark beeinträchtigt. (z.B. auf dem Schulberg).

Potenzielle Adressaten sozialer Arbeit meiden oft bestehende Angebote und haben Schwellenängste. Daher sind diese Jugendliche durch Streetworker derart aufzusuchen und anzuregen, so dass sie aktiviert werden, möglichst eigentätig positive selbstbestätigende Erfahrungen sammeln zu können. Sie sollen dadurch zu einem eigenen Beitrag zu ihrer außerschulischen Bildung, Gesundheits- und Kriminalitätsprävention motiviert werden. Die Arbeit des mobilen Streetworkings ist hierbei als Korrektiv für ungünstig verlaufende Lebensentwürfe zu verstehen. Die Streetworker sollen eine anwaltschaftliche Lobby für von Ausgrenzung bedrohte Jugendliche übernehmen.

Deren sich an den subjektiven Bedürfnissen der Jugendlichen sowie an den objektiven sozialpädagogischen Interventionsbedarfen orientierenden Angebote, sollen die Jugendlichen zu einer eigenständigen Beteiligung und Aktivität anregen und sie hierbei in ihren Kompetenzen und Qualitäten stärken.

So sollen die individuellen Potenziale bei Einzelnen, mit Gruppen und im Gemeinwesen aktiviert werden. Neben dem Aufsuchen auf der Straße sind niedrigschwellige Gruppenprozesse mit einem sozialräumlichen Blick Bestandteile einer lebensweltorientierten Pädagogik der Anerkennung. Die sozialpädagogischen Angebote der offenen und mobilen Jugendarbeit verfolgen die Ziele, den Jugendlichen in alle Prozesse mit einzubinden und somit wichtige Inhalte wie Eigenverantwortung, Dialog-, Kritik- und Konfliktfähigkeit und Solidarität zu vermitteln. Gesellschaftliche Integration sowie das Erkennen des eigenen Handelns in seinen kausalen Zusammenhängen wird derart ermöglicht.

Das Ziel ist die zeitnahe Einrichtung bzw. Ausweitung einer problemorientierten mobilen und aufsuchenden Jugendarbeit, ausgestattet mit den entsprechend notwendigen Ressourcen.

Auch Frau Stv. Grauer plädiert für eine Annahme des Antrages. Bei der Umsetzung sollte aber auch die Suchtprävention eine Rolle spielen.

Beschluss:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, eine mobile und offene Jugendarbeit (Streetworking) einzurichten.

Ein Konzept ist dem Ausschuss für Familie und Soziales zeitnah vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 30, Nein: ---, Enthaltungen: ---

2. Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Nutzung des Freigeländes auf dem Schulberg durch ein niederschwelliges Gastronomie-Angebot Vorlage: 2018/0179/SVV
--

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.1, Fachbereich 1.11

Stv. Fiege trägt den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet, diesem zuzustimmen.

Antragstext:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, als Initiativ-Organisator die Nutzung des Freigeländes auf dem Schulberg durch ein niederschwelliges Gastronomie-Angebot während des Sommerhalbjahrs in einem maßvollen Turnus auszuweiten. Hierfür ist dem Haupt- und Kulturausschuss ein Konzept vorzustellen.

Begründung:

Das städtebaulich sehr attraktive und historisch hoch bedeutsame Schulbergplateau in Nachbarschaft der Musikschule, des Karlsturms und des Hochzeitshauses könnte vermehrt als Treffpunkt der Eschweger Bürger und Bürgerinnen genutzt werden. Von hier aus sind die schönsten Sonnenuntergänge bei gleichzeitigem Blick auf die Werra, auf unser Altstadtviertel Brückenhausen und den Bergstock der Gobert zu genießen.

Es gibt wenig innerstädtische Raumsituationen, die eine derart ausgeprägt hohe Aufenthaltsqualität für Begegnungen und geselliges Beisammensein der Bürger und Bürgerinnen offenbaren.

Frau Stv. Grauer gibt zu bedenken, dass eine Konkurrenz zu bestehenden Gastronomiebetrieben entstehen könnte.

Stv. Fiege erwidert, dass dies durch die Art der geplanten Betriebe auf keinen Fall geschehen soll.

Beschluss:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, als Initiativ-Organisator die Nutzung des Freigeländes auf dem Schulberg durch ein niederschwelliges Gastronomie-Angebot während des Sommerhalbjahrs in einem maßvollen Turnus auszuweiten. Hierfür ist dem Haupt- und Kulturausschuss ein Konzept vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 30, Nein: ---, Enthaltungen: ---

<p>3. Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Einführung eines Anliegenmanagements über den Internetauftritt der Kreisstadt Eschwege Vorlage: 2018/0180/SVV</p>
--

<p>Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.11</p>

Stv. Schneider trägt den Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet, diesem zuzustimmen.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, über den Internetauftritt der Kreisstadt ein sog „Anliegenmanagement“ einzurichten. Dabei ist besonders auf die Nutzung mittels mobiler Endgeräte zu achten und die Implementierung einer APP zu prüfen.
2. Der Antrag wird zur endgültigen Beschlussfassung in den Hauptausschuss überwiesen.

Begründung:

Nach der Ablehnung eines entsprechenden Antrags im Jahr 2014 hat sich im sozialen Netzwerk „facebook“ eine Gruppe „Eschweger Mängelmelder“ gegründet, die sich der Problematik angenommen hat. Ferner hatten die Freien Wähler als Reaktion eine entsprechende Homepage eingerichtet. Die Erfahrungen mit beiden Angeboten zeigen, dass für ein entsprechendes Instrument der Bürgerbeteiligung ein Bedarf besteht. Grundsätzlich vertreten wir die Auffassung, dass dieses Angebot durch die Stadt selber zu erbringen ist.

Frau Stv. Grauer hat Bedenken, dass die Einführung zu Missbrauch führen könnte und sieht auch keinen Bedarf. Die Anliegen der Bürger/innen seien sehr wichtig, aber man sollte besser ein persönliches Gespräch führen.

Stv. Heinz sieht dies genauso und es gebe genügend andere Wege, Beschwerden und Mängel zu melden. Da es sich aber um einen Prüfauftrag für den Haupt- und Kulturausschuss handele, wolle seine Fraktion zustimmen.

Beschluss:

1. Der Magistrat wird beauftragt, über den Internetauftritt der Kreisstadt ein sog „Anliegenmanagement“ einzurichten. Dabei ist besonders auf die Nutzung mittels mobiler Endgeräte zu achten und die Implementierung einer APP zu prüfen.
2. Der Antrag wird zur endgültigen Beschlussfassung in den *Haupt- und Kulturausschuss* überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 29, Nein: ---, Enthaltungen: 1

4. Magistratsbericht

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.11
--

Herr Bgm. Heppe trägt den Magistratsbericht folgendermaßen vor:

1. Auftragsvergaben

Im Berichtszeitraum hat der Magistrat nachstehend genannte Aufträge vergeben:

- Umnutzung eines Teilbereichs des ehemaligen westlichen Bahnhofsgeländes;
Erdarbeiten zwecks einer oberflächen-geophysikalischen Untersuchung 61.983,05 €

• Lieferung von 500 t Weißkalkhydrat für das Zentralklärwerk	66.640,00 €
• Übertragung von Ingenieurleistungen für den KITA-Neubau „westliches Bahnhofsgelände“	
Planung der technischen Ausrüstung	86.427,59 €
Freiflächenplanung	49.929,89 €
Tragwerksplanung	71.256,51 €
• Übertragung von Ingenieurleistungen für die Projektsteuerung Tauchpläne Werrataalsee	15.231,41 €
Gesamtsumme:	351.468,45 €

5. Anregungen

5.1 Bericht zur kommunalen Umsatzsteuerpflicht im Finanzausschuss

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.2

Stv. Grüning regt an, einmal über die kommunale Umsatzsteuerpflicht im Finanzausschuss zu berichten.

5.2 Vorstellung des Vereins zum Betrieb einer „Freien Schule“ im Ausschuss für Familie und Soziales

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.2

Stv. Grüning regt an, dass dem in der Gründung befindlichen Verein zum Betrieb einer „Freien Schule“ im Ausschuss für Familie und Soziales Gelegenheit zur Vorstellung und Darlegung der Zielsetzung und Standortüberlegung gegeben wird.

5.3 Tempo 30-Zonen im Bereich Langenhainer Weg/Goldbachstraße sowie Landgrafensstraße/Pontanstraße

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.1

Stv. Volkmar regt an, zu prüfen, ob an der Ecke Langenhainer Weg/Goldbachstraße bis hoch zum Schwimmbad eine Tempo 30-Zone installiert werden kann. Dies sollte auch im Bereich Landgrafens-

straße/Pontanistraße aufgrund der unklaren Verkehrssituation geprüft werden. Hier besteht verkehrssicherungstechnisch Nachbesserungsbedarf.

5.4 Schilderwald in der Innenstadt

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.1

Frau Stv. Strauß regt an, dass im Innenstadtbereich die Anzahl der Hinweisschilder reduziert wird.

5.5 Geschwindigkeitsreduzierung in der Innenstadt

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.1

Stv. Wolf möchte in der Innenstadt mehr Bereiche als „30-Km/h-Zonen“ ausgewiesen haben. Außerdem bestätigt er die Meinung von Frau Stv. Strauß, dass in der Innenstadt einige Hinweisschilder entfernt werden könnten.

5.6 Fahrradfreundliche Innenstadt

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.1

Stv. Montag regt an, dass die Innenstadt fahrradfreundlicher wird. Z. B. könne man dies erreichen, indem in Einbahnstraßen Radfahrer/innen auch die Gegenfahrrichtung benutzen dürfen.

Stv.-V. Hamp weist auf das Wohltätigkeitskonzert der Bundespolizei hin. Eine Liste zur Kartenbestellung liegt beim Schriftführer.

Er schließt die Sitzung um 19:51 Uhr.

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
AM 18.10.2018**

gez. Claus Hamp

Claus Hamp
(Stadtverordnetenvorsteher)

gez. Volker Jatho

Volker Jatho
(Schriftführer)